

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Brüderle, Jörg van Essen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 15/66 –**

### **Einsetzung einer Kommission der Bundesregierung zur Fortsetzung der Bahnreform**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, eine Kommission zur Fortführung der Bahnreform einzusetzen. Dabei soll die Bahnreform nach den Grundzügen des Gutachtens des wissenschaftlichen Beirates zur Bahnstrukturreform fortgesetzt werden. Auch wird vorgeschlagen, im Hinblick auf die EU-Osterweiterung und die Liberalisierung des europäischen Eisenbahnverkehrs die Öffnung des deutschen Schienennetzes für alle in der EU zugelassenen Eisenbahnunternehmen voranzutreiben.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 15/66 – abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2003

### **Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**

**Eduard Oswald**  
Vorsitzender

**Karin Rehbock-Zureich**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Karin Rehbock-Zureich

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/66 in seiner 46. Sitzung am 22. Mai 2003 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag beschließen soll, die Bundesregierung aufzufordern, eine Kommission zur Fortführung der Bahnreform einzusetzen. Dabei soll die Bahnreform nach den Grundzügen des Gutachtens des wissenschaftlichen Beirats zur Bahnstrukturreform fortgesetzt werden. Auch wird vorgeschlagen, im Hinblick auf die EU-Osterweiterung und die Liberalisierung des europäischen Eisenbahnverkehrs die Öffnung des deutschen Schienennetzes für alle in der EU zugelassenen Eisenbahnunternehmen voranzutreiben.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/66 in seiner 21. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und beschlossen, auf die Abgabe einer Stellungnahme zu verzichten.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 16. Sitzung am 25. Juni 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 19. Sitzung am 25. Juni 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 24. Sitzung am 25. Juni 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei

Stimmhaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 21. Sitzung am 4. Juni 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmhaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

### IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag auf Drucksache 15/66 in seiner 14. Sitzung am 25. Juni 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der SPD** teilte mit, ihrer Auffassung nach sei die Forderung nach Einsetzung einer Kommission zur Fortsetzung der Bahnreform seit langem durch entsprechendes Handeln der Bundesregierung überholt. Es sei bereits eine Task Force eingesetzt worden und als Ergebnis der Arbeit werde die Weiterentwicklung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes noch in diesem Jahr in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie unterstütze den Antrag der Fraktion der FDP. Zu der Forderung nach einer weiteren Öffnung des Schienennetzes für alle in der EU zugelassenen Eisenbahnunternehmen merkte sie an, dass eine Liberalisierung nur auf Basis der Gegenseitigkeit vorangetrieben werden solle. Es müsse verhindert werden, dass in Deutschland Tore geöffnet würden, sich dagegen andere Nationen abschotteten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bekundete, ihr sei die Notwendigkeit der Einrichtung der geforderten Kommission nicht ersichtlich. Die Bahnreform und insbesondere der Abschluss der Bahnreform solle vom Ausschuss aber auch weiterhin sorgfältig beobachtet werden.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, ihr Antrag zielen auf die Einsetzung einer Kommission, die diejenigen Punkte der Bahnreform prüfen solle, die noch nicht erledigt seien. Die Ergebnisse der eingesetzten Task Force seien nicht ausreichend. Unerledigt sei z. B. immer noch die Herauslösung des Netzes aus der Deutsche Bahn AG.

Berlin, den 25. Juni 2003

**Karin Rehbock-Zureich**  
Berichterstatlerin

